

## II. „Absonderung“ und „Exterritorialisierung“ bei den „Klassikern“ des Antisemitismus

### 1. Zum Antisemitismus-Begriff

Der Begriff Antisemitismus, ursprünglich 1879 in Deutschland, vermutlich im Frühjahr des Jahres in Berlin im Umkreis Wilhelm Marrs geprägt, wurde in eine Vielzahl anderer Sprachen übernommen<sup>1</sup>. Er meinte zunächst eine ideologische Doktrin und politisch-soziale Bewegung, die im 19. Jahrhundert entstand und sich, vermengt mit der naturwissenschaftlichen Theorie des Darwinismus und der auf Gobineau folgenden pseudowissenschaftlichen Rassentheorie, zum völkischen bzw. Rassenantisemitismus weiterentwickelte. Verbunden mit der Vorstellung vom Kampf der diversen Rassen im Sinne eines sozialdarwinistischen Wettbewerbs, fand dieser Rassenantisemitismus seine weitreichendste und in der Praxis brutalste und folgenreichste Form im Staat Hitlers. Nach 1945 erfuhr der Begriff eine Bedeutungserweiterung, indem er auf die Erscheinungsformen der Judenfeindschaft im Lauf der Geschichte allgemein ausgedehnt wurde<sup>2</sup>. Für den ursprünglichen Antisemitismus, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand, hat sich der Begriff des „Modernen Antisemitismus“ eingebürgert. Das Folgende soll von dieser Form des Antisemitismus handeln.

Konkret geht es hierbei um jene neue Form der Judenfeindschaft, die nicht nur von einzelnen politischen Gruppen zeitweise instrumentalisiert wurde, wie dies beispielsweise die Konservativen im Kaiserreich taten, die sich, als sie nicht mehr opportun war, wieder von ihr entfernten, sondern um jenen Antisemitismus, der nicht nur als Mittel und Instrument in der politischen Arena eingesetzt, sondern als selbständiger Inhalt, Motiv und Ziel des Handelns angesehen wurde und dementsprechend radikalisierte<sup>3</sup>.

Der fundamental neue Charakter dieses Modernen Antisemitismus erwuchs aus der Anwendung der Rassentheorie, mit deren Hilfe eine völkische Bewertungsskala aufgestellt und darüber hinaus der Anspruch auf eine naturwissenschaftliche Begründbarkeit

---

<sup>1</sup> Vgl. Nipperdey/Rürup, Antisemitismus, S. 129–153. Wilhelm Marr (1819–1904) war Gründer der „Antisemitenliga“ (1879) und Verfasser der Broschüre „Der Sieg des Judentums über das Germanentum vom nicht-konfessionellen Standpunkt aus betrachtet“, die 1879 in Bern veröffentlicht wurde und noch im gleichen Jahr mehrere Auflagen erreichte; vgl. auch Zimmermann, Aufkommen und Diskreditierung des Begriffs Antisemitismus, S. 59–77.

<sup>2</sup> Vgl. Rürup, Zur Entwicklung der modernen Antisemitismusforschung, S. 156.

<sup>3</sup> Vgl. Rürup, Die „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft und die Entstehung des modernen Antisemitismus, in: Ders., Emanzipation und Antisemitismus, S. 116. Dies gilt unabhängig davon, daß sich die Nationalsozialisten selbst gegen die Verwendung des Begriffs Antisemitismus aussprachen, da sich der antijüdische Kampf, wie der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Walter Groß, exemplarisch festhielt, „nicht gegen Völker semitischer Sprache, sondern gegen das unharmonische vorderasiatisch-orientalisch-mediterrane Judenvolk“ richte, „das auch von den rein oder vorwiegend orientalischen, semitischen Stämmen und Völkern so leidenschaftlich abgelehnt“ werde; Groß, Rassenpolitische Voraussetzungen einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage, S. 4. (Verkürzter Abdruck einer Rede anlässlich der Eröffnung des Frankfurter Instituts zur Erforschung der Judenfrage vom 27.3. 1941.)

der Judenfeindschaft abgeleitet wurde<sup>4</sup>. Die Juden wurden hierin als bedrohliche Gegenrasse gesehen, als Hypostasierung beinahe aller Übel dieser Welt; die Judenfrage wurde emporgehoben zu einem Kernproblem des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, das es zu „lösen“ galt.

## 2. „Exterritorialisierung“ als Lösung der Judenfrage

*„Abschaffung“ der Juden nach Madagaskar:  
der Schirmherr des völkischen Antisemitismus, Paul de Lagarde*

Im Jahr 1885 entwickelte der Orientalist, Kulturphilosoph, Theologe und Antisemit Paul de Lagarde<sup>5</sup> in einem Artikel „Über die nächsten Pflichten deutscher Politik“ die konzeptionelle Forderung, daß für deutsche Siedler östlich des Deutschen Reiches auf Kosten Rußlands Siedlungsland erworben werden müsse:

„Möge es [Rußland] die Gewogenheit haben, freiwillig einige fünfzig Meilen nach Mittelasien hinüberzurücken, wo Platz die Hülle und Fülle ist, der ihm zur Seite, uns ferne abliegt: möge es uns so viel Küste am schwarzen Meere [*sic!*] geben, daß wir von da aus unsre Bettler und Bauern in Kleinasien ansiedeln können. Die Gefälligkeit wird ohne Drohungen und Unfreundlichkeiten erbeten: Gegendienste stehn, soweit sie in unsern Kräften sind, zur Verfügung. Wir brauchen Land vor unsrer Thüre, im Bereiche des Groschen-Portos. Will Rußland nicht, so zwingt es uns zu einem Enteignungsverfahren, das heißt, zum Kriege. [. . .] Das von Rußland in Gutem oder in Bösem zu erwerbende Land muß weitläufig genug sein, um in Bessarabien und nordöstlich von ihm auch alle in Österreich und in der Türkei lebenden Rumänen (weniger der mit den Juden Polens, Russlands, Österreichs nach Palästina oder noch lieber nach **Madagaskar** abzuschaffenden rumänischen Juden) als Unterthanen des Königs Karl anzusiedeln. Diese Politik ist etwas assyrisch, aber es gibt keine andere mehr als sie.“<sup>6</sup>

Damit war zum ersten Mal, wengleich scheinbar beiläufig in Parenthese gesetzt, die Vorstellung von der „Abschaffung“ von großen Teilen der jüdischen Bevölkerung Europas nach Madagaskar als Teil eines europäischen Umgestaltungs- und Umsiedlungsprozesses unter den Vorzeichen deutscher Raumnahme und Siedlung im Osten projiziert. Weshalb der Autor die jüdische Bevölkerung Polens, Rußlands, Österreichs und Rumäniens „noch lieber nach Madagaskar“ als nach Palästina „abzuschaffen“ gedachte, läßt sich vermuten: Zum einen handelt es sich bei Madagaskar um eine Insel, das heißt die von den völkischen und rassischen Antisemiten gefürchtete Verbindung zu anderen

<sup>4</sup> Vgl. auch Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. II, S. 304–305.

<sup>5</sup> Lagarde (1827–1891) hieß ursprünglich Paul Anton Bötticher, hatte sich aber 1854 von seiner Großtante mütterlicherseits, Ernestine de Lagarde, adoptieren lassen.

<sup>6</sup> Lagarde, *Die nächsten Pflichten deutscher Politik* (1885), in: Ders.: *Deutsche Schriften*, S. 390, 391, Hervorhebung des Autors.

Zu Madagaskar: Frankreich hatte 1885 ein Protektorat auf Madagaskar errichtet, konnte seine Position auf der Insel allerdings erst nach harten Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung und den traditionellen Machthabern festigen. 1896 wurde die Insel zur französischen Kolonie erklärt, und die letzte Königin von Madagaskar mußte abdanken.

Völkern, Rassen, Kulturen und Religionen ließe sich auf geographische Weise – gleichsam natürlich – verhindern. Zum andern galt die Insel vor der Ostküste Afrikas von ihren klimatischen Bedingungen und Gegebenheiten her als zwar sehr fruchtbar, jedoch für Europäer unbewohnbar. Sie bot sich also für die vermeintlich überall anpassungsfähigen Juden geradezu an.

Lagarde selbst war eine skurrile Persönlichkeit, voll produktiver Arbeitskraft, auch mit originellen, doch häufig ungeordneten Gedanken, aus denen er vielfach absurde Schlüsse zog und völlig irrealer Pläne entwarf. Ein äußerst schwieriger Zeitgenosse, trotz grundsätzlicher fachlicher Befähigung und enormer Sprachbegabung nur mit großen Problemen in die akademische Laufbahn gelangt, lag er ständig im Zwist mit seinen Standeskollegen, war maßlos empfindlich gegenüber Kritik wie gleichermaßen unbeherrscht in seinen Reaktionen darauf. Diese reichten nicht selten bis zur Verleumdung, sah sich Lagarde doch permanent von Konspiration und finsterner Intrige umgeben und behindert<sup>7</sup>. Was seine skizzierten Äußerungen zur Judenfrage angeht, ist zu diskutieren, inwieweit Lagarde eine physische „Beseitigung“ der „abzuschaffenden Juden“ intendierte oder auch „nur“ billigend in Kauf genommen hätte. Auf die Juden gemünzt, schrieb er zwar zwei Jahre später: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“<sup>8</sup>, und an anderer Stelle meinte er, „wo eine solche Masse Verwesung angehäuft“ sei „wie in dem Israel Europas“, da komme man „mit innerlicher Arznei erst zum Ziele, nachdem man durch einen chirurgischen Eingriff den angesammelten Eiter entfernt hat“<sup>9</sup>. Doch sind diese Äußerungen keineswegs wörtlich als der Ausdruck eines ganz im Geist des auf Basis sozialdarwinistischer Theorie in biologischen Kategorien argumentierenden rassistischen Manichäismus<sup>10</sup> zu verstehen. Sieht man die Äußerungen Lagardes im Zusammenhang seiner Argumentation, handelt es sich um einen intentional völkisch-religiös-kulturellen Antisemitismus, der sprachlich mit rassistischen Elementen durchwirkt ist, jedoch nicht von Rassismus getragen wird, denn, so Lagarde: „Gewiß ist die Judenfrage auch eine Rassenfrage, aber kein ideal gesinnter Mensch wird je leugnen, daß der Geist auch die Rasse überwinden kann und soll.“<sup>11</sup> Lagarde wurde mit seinen Äußerungen gleichsam der geistige Schirmherr der völkisch-antisemitischen Tradition<sup>12</sup>. Daß er die Rassenfrage in ihrer ganzen Tragweite nicht erkannt habe, wurde später von den Natio-

<sup>7</sup> Vgl. Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr, S. 25–123.

<sup>8</sup> Lagarde, Juden und Indogermanen, in: Ders., Deutsche Schriften, S. 339.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 347.

<sup>10</sup> Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 68–69.

<sup>11</sup> Lagarde, Mitteilungen, zitiert nach Ders., Schriften für das deutsche Volk, Bd. 2, S. 223.

<sup>12</sup> „Klassiker des völkischen Denkens“ nannte ihn Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 72. Als „Schutzpatron“ der aufkommenden völkischen Antisemiten bezeichnete ihn Stern, Kulturpessimismus, S. 120. Für Nipperdey ist er der „Vater“ des „völkischen Antisemitismus“, Ders., Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II, S. 305. Lagarde wurde von den Nationalsozialisten als einer ihrer herausragenden geistigen Ahnen verehrt. In der Einleitung zu einer Neuausgabe seiner Deutschen Schriften wurde er 1933 als „echter Führer“ gefeiert; Lagarde, Schriften für Deutschland, S. XXVI. Daneben sind in erster Linie Julius Langbehn, der Verfasser von „Rembrandt als Erzieher“, Leipzig 1890, und Houston Stewart Chamberlain, der Autor der „Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“, München 1899, als „Klassiker“ zu nennen.

nalsozialisten bei aller Bewunderung für seine geistige Vorreiterrolle stets als Defizit moniert<sup>13</sup>.

In Lagardes Werk kommt der Äußerung zu Madagaskar als konkretem Ort bei aller Originalität eine eher marginale Bedeutung zu. Konkret und zum Teil mit detaillierten Vorschlägen waren seine Forderungen nach der Gewinnung von Siedlungsland für Deutsche im Osten Europas, wo sie sich, von den Fährnissen und Versuchungen der Moderne befreit, in einem ursprünglichen Lebensideal verwirklichen und zu einem neuen völkischen Adel heranreifen sollten<sup>14</sup>. Daß die in jedem Falle „abzuschaffenden“ Juden mit Madagaskar in Verbindung gebracht wurden, hatte wohl in erster Linie mit dem exotisch-erlösenden Ton zu tun, den die Insel bei einem zu großen Würfen jenseits aller Realität neigenden Menschen wie Lagarde anklingen ließ. Madagaskar: Das hatte den Klang von sicherer Abgeschlossenheit, räumlicher Größe, geringer Bevölkerungsdichte; dazu kam eine gewisse, Aufmerksamkeit heischende Drastik, die Lagarde auch in anderen Äußerungen eigen war. Alfred Rosenberg, wie zu zeigen sein wird, einer der vehementesten Anhänger des Madagaskar-Gedankens, sollte Lagarde später als „Propheten der neuen Weltanschauung und Miterbauer des völkischen Staates“ preisen<sup>15</sup>.

#### *„Absonderung“ und „Ausscheidung“ als antisemitisches Programm*

Die Forderung nach möglichst umfassender Aussiedlung und Verwahrung der Juden war ein schon seit geraumer Zeit immer wiederkehrender Topos, häufig mit Bezug auf konkrete Territorien, zuweilen aber auch ohne Zielgebiet, eine allgemeine Absonderung des jüdischen Volkes fordernd.

Im Jahr 1841, kurz bevor der Begriff der „Judenfrage“ seinen Einzug in den allgemeinen Sprachgebrauch nahm<sup>16</sup>, entstand in Polen eine Broschüre mit der Überschrift

<sup>13</sup> So beispielsweise von Walter Groß anlässlich der Eröffnung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt a. M., in: Ders., Rassenpolitische Voraussetzungen einer europäischen Gesamtlösung, S. 2.

Lagarde war ein ausgesprochener Gegner des kleindeutschen Bismarckreiches. Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, sich mit recht vermessenen Wünschen um Unterstützung seiner wissenschaftlichen Arbeit an den Reichskanzler zu wenden; vgl. Stern, Kulturpessimismus, S. 41. Seine Angriffe hinderten ihn gleichfalls nicht, Bismarck die zuerst 1878 erschienenen, dann 1881 erweiterten und 1886 als „Gesamtausgabe letzter Hand“ veröffentlichten „Deutschen Schriften“ mit der Bemerkung zuzusenden, er sei zwar sein politischer Gegner und „diene bei einer anderen Waffe“, doch letztlich stünden sie ja beide im Dienste des Vaterlandes; zitiert nach Stern, Kulturpessimismus, S. 94; zu seiner scharfen Kritik an Bismarcks Deutschland ebenda, S. 84–86; die bemerkenswerte Tatsache, daß Bismarck somit – so er Lagardes Werk gelesen hat – ebenfalls mit dem Madagaskar-Gedanken in Berührung gekommen ist, bleibt dennoch kaum mehr als ein anekdotisches Aperçu ohne politische und praktische Relevanz; vgl. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen, S. 238; Adam, Judenpolitik, S. 256, Anm. 62. Weitere Exemplare der „Deutschen Schriften“ sandte Lagarde an den Prinzen Wilhelm und die Regierungschefs befreundeter Länder; vgl. Stern, Kulturpessimismus, S. 43.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda, S. 94–97.

<sup>15</sup> Völkischer Beobachter, 10. 9. 1927, zitiert nach Rosenberg, Blut und Ehre, S. 228.

<sup>16</sup> Der Begriff der „Judenfrage“ geht zurück auf den Junghegelianer Bruno Bauer (1809–1882), der unter diesem Titel 1842 einen Artikel in den „Deutschen Jahrbüchern für Wissenschaft und Kunst“ veröffentlichte; vgl. Schmitthenner, Kennt die hellenistisch-römische Antike eine „Judenfrage“?, in: Martin/Schulin (Hrsg.), Die Juden als Minderheit, S. 9.

„Ueber die Reform der Juden, ein Projekt überreicht im Jahre 1841“, die mit diesem deutschen Titel unter dem Pseudonym Klemens Przezora 1854 in Leipzig herausgegeben wurde<sup>17</sup>. Die Broschüre wurde zwar der russischen Regierung überreicht, konnte aber aufgrund der Zensur im polnischen Gebiet nicht erscheinen und war daher nur im kleinen Kreis bekannt. Die Juden glichen nach Ansicht des Autors einer „pestartigen Krankheit“, die nur radikal geheilt werden könne. Das probate Mittel zu ihrer Entfernung aus der polnischen Bevölkerung sei, sie in ein abgelegenes Gebiet zu verfrachten, wo sie dann ein eigenes Staatsgebilde kreieren könnten. Sie sollten dabei unter der Obhut jenes Landes stehen, das ihnen das Gebiet abgetreten hätte<sup>18</sup>. Rußland sollte das entsprechende, nur für Juden bestimmte, Territorium zur Verfügung stellen, wohin dann sukzessive über einen Zeitraum von 50 Jahren die Deportation stattzufinden habe<sup>19</sup>. Als Zielgebiet faßte der Autor das Kaukasus-Gebiet und die Gegend des Kaspischen oder Schwarzen Meeres ins Auge<sup>20</sup>.

Auch Palästina kam hierfür regelmäßig ins Gespräch. Im Jahr 1880 wurde im „Grenzboten“ die Forderung nach Aufhebung der Emanzipation erhoben und für die Zukunft die Möglichkeit einer Rückgabe des „gelobten Landes“, wohin die Juden dann geschickt werden sollten, als Ausweg skizziert. Mögliche Ausweisungen aus dem Deutschen Reich, die Auswanderung nach Palästina „oder sonst wohin“ hielt der Autor schon für seine Gegenwart in einem Maßnahmenkanon zur Zurückdrängung der Juden für angebracht<sup>21</sup>. Im Jahr darauf forderte der Philosoph, Nationalökonom und sozialistische Antisemit Eugen Dühring<sup>22</sup> eine „gesellschaftliche und politische Lösung der Judenfrage“<sup>23</sup>, in der schon das sehnsüchtige Streben nach radikaleren Maßnahmen erkennbar ist. Bei Dühring finden sich zahlreiche Elemente des Rassenantisemitismus und daraus abgeleitete Forderungen, wie sie vom Nationalsozialismus später in die Tat umgesetzt wurden. Um die Judenfrage zu lösen, sah er als ersten geeigneten Schritt die „Herausbildung eines Judenrechts“<sup>24</sup>. Dies war für ihn nur eine Vorstufe, „denn den Gedanken an eine Entfernung der Juden aus unsern Ländern der hohen Cultur müssen wir, als vorläufig von der unübersehbaren Wirklichkeit und Praxis noch zu entlegen, in eine weitere und energischere Zukunft verschieben“. Die Abschiebung der Juden war demnach Absicht und Ziel, wenngleich die Zeit dafür noch nicht reif war. Außerdem ließ sich nach Ansicht Dührings für die Gesamtheit

<sup>17</sup> Gelber, Zur Vorgeschichte des Zionismus, S. 213. In Gelbers Buch finden sich eine Reihe von Beispielen für Gedanken an einen Judenstaat zur Lösung der Judenfrage vor der Entstehung des Rassenantisemitismus. Das hier genannte Beispiel stammt aus der Endphase dieser Periode und deutet bereits in vielen Zügen auf den späteren Charakter von Judenstaatsprojekten im Sinne von Segregationsterritorien hin. In Posen erschien zur selben Zeit (1854) die zweite Auflage der polnischen Broschüre Przezoras (= Józef Goluchowski) unter dem Titel „O Reformie Żydów, Projekt podany w r. 1841“; ebenda, S. 310, Anm. 176.

<sup>18</sup> Gelber, Vorgeschichte, S. 214 f.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 216.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 219.

<sup>21</sup> Die Grenzboten, 39. Jg., 2. Quartal, Leipzig 1880, S. 192 f.

<sup>22</sup> Zu Dührings Sozialismus in Verbindung mit dem Antisemitismus vgl. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 92.

<sup>23</sup> Dühring, Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage, Kap. 5: Weg zur Lösung, Kap. 6: Nächste Mittel und letzte Ziele, S. 94–158, Zitat S. 94.

<sup>24</sup> Dühring, Die Judenfrage, S. 109.

„die Frage durch Entfernung der Juden in andere Erdgebiete nicht einmal vollständig lösen. Für die allgemeine Culturgeschichte würde man so die Frage nur örtlich verlegen, aber nicht entscheiden.“ Praktikabler sei da schon der Vorschlag einer „völkerrechtlichen Internierung, nämlich einer Anweisung auf bestimmte Landgebiete“. Dazu gehörte für Dühring auch die „Internierung innerhalb der Nationen“ nach dem Vorbild der traditionellen Ghettos. Er meinte aber, daß selbst dann, wenn sich das jüdische Volk auf einem Gebiet zusammenfassen ließe, beispielsweise durch die Schaffung einer Judenkolonie mit Hilfe einer Internierung im großen Stil, die Juden wohl nicht an der „Erneuerung des Nomadenthums“ gehindert werden könnten. Das „Nomadenthum“ sei „ihre weltgeschichtliche Lebensbedingung“<sup>25</sup>. Das hier adaptierte Bild vom ewig nomadisierenden Judenvolk war gleichsam die Überhöhung der alten Legende vom „ewigen Juden“ Ahasver, der, weil er Jesus beleidigt hatte, nun bis zum jüngsten Tag rastlos durch die Welt ziehen muß. Einige Jahre nach Dühring nahm Adolf Wahrmund das tradierte Klischee zum Gegenstand eines in die gleiche Richtung zielenden Pamphlets, in dem er diese Heimatlosigkeit zum allgemeinen Kennzeichen des Judentums erhob<sup>26</sup>.

Der von Dühring vorgeschlagene „internierte Judenstaat“ würde seiner Meinung nach die „Ausrottung der Juden durch die Juden“ bedeuten, da sie „am eignen Genuss der gegenseitigen Unsocialität zu Grunde gehen“ oder aber, „um dem zu entgehen, unter allen Umständen wieder Mittel zu Expeditionen unter andere Völker und zur nomadisirenden Zerstreung suchen“ würden<sup>27</sup>. Dühring sah darin die Gefahr, daß die Juden nach anderen, vor allem außereuropäischen Gebieten abwandern könnten und sich „der zuerst internirte, aber doch die Absperrung vereitelnde Judenstaat, also etwa ein neu mit Juden besiedeltes Palästina, am Ende gar noch zum Kopf“ der Juden in aller Welt entwickeln würde. Dieses Argument nimmt die nationalsozialistische Argumentation gegen einen Judenstaat Palästina beinahe wörtlich vorweg. Die Juden waren für Dühring von jeher zu Recht als eine „Menschenklasse von Ausnahmecharakter, aber unrichtig mehr von Seiten der Religion als von Seiten der Race behandelt“ worden<sup>28</sup>. In der Gegenwart könne die „Judenreligion wesentlich nur als Erkennungsmerkmal der Race dienen“. Eine Gleichbehandlung im Sinne der Emanzipation war daher völlig ausgeschlossen. In der Judenfrage sah Dühring eine „Existenzfrage der modernen Völker“, und die „Abschüttelung des Judenals“ war für ihn eine „Angelegenheit der Nationen“<sup>29</sup>. Doch mit den bisher beschriebenen Maßnahmen und Methoden war die wünschenswerte Endstufe der Ausscheidung noch keineswegs erreicht, denn wo die Rasse einmal „gründlich erkannt“ sei, mußte man sich seiner Ansicht nach „von vornherein ein weiteres Ziel“ stecken, „zu welchem der Weg nicht ohne die kraftvollsten Mittel zu bahnen“ sei, denn die Juden seien „ein inneres Carthago, dessen Macht die modernen Völker brechen müssen, um nicht selbst von ihm eine Zerstörung ihrer sittlichen und materiellen Grundlagen zu erleiden“<sup>30</sup>. Alle hier skizzier-

<sup>25</sup> Ebenda, S. 110.

<sup>26</sup> Adolf Wahrmund, Das Gesetz des Nomadenthums und die heutige Judenherrschaft.

<sup>27</sup> Dühring, Die Judenfrage, S. 110.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 116.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 154.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 158.

ten Gedanken sind später auch im Nationalsozialismus von Bedeutung: die langsame Steigerung der antijüdischen Maßnahmen, die Rassengesetzgebung, das Bemühen um eine Behandlung der Judenfrage als Rassenfrage, mit der aber nach wie vor das Problem verbunden blieb, nur das Instrument der Religionszugehörigkeit als Erkennungskriterium zur Verfügung zu haben. Dann der Gedanke an die zwangsweise Absonderung, zusammenfassende Internierung und eine geschlossene Judenkolonie bei gleichzeitiger Ablehnung des Judenstaates in Palästina sowie schließlich die Brechung der „jüdischen Macht“ mit „kraftvollsten Mitteln“. Dühring schrieb dies alles im Duktus des fundamental Gläubigen, der eine naturwissenschaftlich begründete Heilsgewißheit verkündet, wie sie auch für die später politisch wirksamen Ideologen des Nationalsozialismus und die Protagonisten des Madagaskar-Gedankens typisch sein sollte. Dabei schwebte Dühring noch kein konkretes Sammelgebiet zur Internierung, sondern zunächst einmal ein schrittweiser Maßnahmenkatalog innerhalb der europäischen Nationen vor.

Nur wenig konkreter verlangte im Jahr 1886 der Berufs-Antisemit Osman-Bey, „die Juden zu vertreiben unter dem begeisternden Schrei: ‚Es lebe der Grundsatz der Nationalitäten und Racen! Hinaus mit den Eindringlingen!‘“. Osman-Bey war ein regelmäßig wegen Betrügereien inhaftierter Hochstapler, dessen Bühne ganz Europa war, der seine Pamphlete in der Schweiz in deutscher Sprache publizierte und die herausfordernde Ansicht vertrat, auf einem europäischen Kongreß sollte die „Austreibung Israels“ beschlossen werden, damit die Juden ihre „Eigenschaften im Herzen Afrikas oder Australiens entfalten“ könnten<sup>31</sup>.

Weniger bizarr, doch mit außerordentlich spektakulärem publizistischen Erfolg zieht Julius Langbehn, ein anderer „Klassiker“ des völkischen Denkens, die Juden der „Charakterlosigkeit“, da sie nicht ihrem, nach seinem Verständnis ursprünglichen, Wesen als Juden treu bleiben, sondern statt dessen Deutsche, Engländer oder Franzosen sein wollten. Diese „Charakterlosigkeit“ sei „das Verbrechen aller Verbrechen“<sup>32</sup>. Deutschland werde sich der Juden „nach Kräften zu erwehren haben“, denn sie seien „ein Gift“ und müßten „als solches behandelt werden“. In diese in der Gegenwart schwebenden Judenfrage werde ein „etwa kommender ‚heimlicher Kaiser‘“ tätig eingreifen müssen“, indem er Juden und Deutsche sorgfältig trenne und diejenigen Juden aussondere, die zugleich Deutsche sein wollten. Allenfalls als Fremdling sei ein Angehöriger dieser Minderheit dann noch willkommen. In der Person des „heimlichen Kaisers“, von Langbehn im gleichen Zusammenhang auch als „Richter und Führer“<sup>33</sup> beschrieben, war jene ersehnte Figur verkörpert, die gerecht und unbestechlich, gleichsam abgehoben vom alltäglichen Politgezänk, die richtigen, ja rettenden und erlösenden Schritte zur Erneuerung des „Ariertums“ und des „Deutschtums“ – die Begriffe wurden als Synonyme verstanden<sup>34</sup> – herbeiführen könnte.

<sup>31</sup> Osman-Bey, Enthüllungen über die Ermordung Alexanders II., S.189–191; vgl. Cohn, Die Protokolle der Weisen von Zion, S.74; zu Osman-Beys Schrift, „eines der bemerkenswertesten Bücher, die je außerhalb eines Irrenhauses geschrieben wurden“, vgl. auch Laqueur, Deutschland und Russland, S.110–111, Zitat S.110.

<sup>32</sup> Langbehn, Rembrandt als Erzieher, S.42. Zur Person Langbehns vgl. Stern, Kulturpessimismus, S.127–220.

<sup>33</sup> Langbehn, Rembrandt als Erzieher, S.284.

<sup>34</sup> Ebenda, S.328.

Ein weiterer, äußerst umtriebiger Vertreter der antisemitischen Agitation, der bis ins „Dritte Reich“ von Bedeutung blieb und die Kontinuität völkischen Denkens von seiner Entstehung bis zur Realisierungsmöglichkeit in der politischen Praxis geradezu personifizierte, war der Leipziger Theodor Fritsch. Auch er plädierte für eine „territoriale“ Lösung der Judenfrage und schrieb im 1887 von ihm ins Leben gerufenen „Antisemiten-Katechismus“, den er in den ersten Auflagen unter dem Pseudonym Thomas Frey herausgab, die Juden sollten doch „irgendwo ein Colonial-Land erwerben, dasselbe urbar machen und bebauen, selbst eine Cultur schaffen und dadurch in einen ehrlichen Wettkampf mit den übrigen Nationen treten“<sup>35</sup>. In dieser Äußerung kommt der neben dem prinzipiellen Rassenvorbehalt stehende Vorwurf zum Tragen, die Juden seien zur Staatenbildung unfähige Internationalisten, ein Argument, das sich, vermenget mit dem von Dühring und Wurm abgeleiteten Vorwurf des ewigen Nomadentums, gleichfalls bis ins „Dritte Reich“ weiterverfolgen läßt.

Der von Fritsch geforderte Länderewerb sollte „am besten außerhalb Europa's“ stattfinden, wohin die Juden dann binnen einer gesetzten Frist (er nennt zehn Jahre) auszuwandern hätten<sup>36</sup>. Der „Antisemiten-Katechismus“ wurde durch seinen Autor später zum weit verbreiteten „Handbuch der Judenfrage“ umgearbeitet und erweitert; an der Forderung, „die jüdische Nation aus den arischen Staaten auszuschneiden“, hielt er fest und beurteilte daher auch den Zionismus und seine Bestrebungen positiv<sup>37</sup>. In seinem erstmals 1911 veröffentlichten Buch „Der falsche Gott“<sup>38</sup> forderte Fritsch die strenge „Rassenscheidung“<sup>39</sup>, denn die „rassische Hygiene“ erfordere die „unerbittliche Ausscheidung“ der Juden<sup>40</sup>.

Konkreter noch als de Lagarde und Fritsch wurde bereits 1892 Karl Paasch mit seinem Vorschlag, die Juden nach Neu-Guinea zu deportieren. Zwar sei, so Paasch, die „einfachste und praktischste Lösung“, man würde sie „ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht sämtlich todschlagen“, doch sei dies, „wenigstens für uns Deutsche, ausgeschlossen“<sup>41</sup>. Daher müsse man eine andere Lösung bedenken: „daß man sie einfach aus dem Lande auswiese, indem man ihnen nur die Mittel ließe, welche dazu nöthig sind, um ein anderes Land zu erreichen“. Er nannte „Amerika“, Neu-Mexiko und Palästina als mögliche Ziele, welche ihm jedoch „nicht praktisch“ erschienen. Stattdessen „wäre z. B. die Insel Neu-Guinea groß genug und geeignet, um das ganze Judenvolk des Erdballs aufnehmen und ernähren zu können“, wo man sie „internirt halten“ könne, „und die europäischen Flotten würden in der Bewachung der Küsten eine zweck-

<sup>35</sup> Fritsch, Antisemiten-Katechismus, S. 23.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 23 f.

<sup>37</sup> Fritsch, Handbuch der Judenfrage, S. 10. Fritsch (1852–1933) stand bei den Nationalsozialisten in hohem Ansehen und war 1924 für sie sogar kurzzeitig Mitglied des Reichstages. Das „Handbuch der Judenfrage“ erreichte bis 1944 insgesamt 49 Auflagen.

<sup>38</sup> Fritsch, Der falsche Gott<sup>10</sup> 1933. Zum näheren Hintergrund des Werkes vgl. Hartung, Vor-Planer des Holocaust, in: Röhr (Hrsg.), Faschismus und Rassismus, S. 66–78. Die Bezeichnung Fritschs als Vor-Planer des Holocaust ist übertrieben, Vor-Denker wäre der korrektere Ausdruck, lieferte Fritsch doch im Verein mit den anderen Theoretikern (die sie auch durchweg blieben) des Rassenantisemitismus die gedankliche Grundlage für Hitlers Weltbild, jedoch keine Blaupausen für dessen Handeln.

<sup>39</sup> Fritsch, Der falsche Gott, S. 152.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 153.

<sup>41</sup> Paasch, Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer, S. 252; auch zum folgenden.

mäßige Beschäftigung finden“<sup>42</sup>. Wie bei Lagarde, so resultiert auch bei Paasch die Attraktivität des Ziels aus seiner Insellage und einer geringen, in ihren Augen außerdem noch rassistisch minderwertigen, Bevölkerungszahl. Das Ziel, die Juden gewissermaßen unter Quarantäne zu stellen, konnte so leichter erreicht werden.

Nicht nur im publizistisch-ideologischen, sondern auch im praktisch-politischen Bereich fanden radikale Forderungen nach einer „Lösung des Judenproblems“ Widerhall. Die unter dem Einfluß Theodor Fritschs 1889 gegründete „Antisemitische Deutsch-soziale Partei“ stellte gemäß ihres Programmtextes die Judenfrage in den Vordergrund ihrer Bestrebungen. Sie sah darin „nicht nur eine Rassen- oder Religionsfrage, sondern eine Frage internationalen, nationalen, sozialpolitischen und sittlich-religiösen Charakters.“ Als ihr Ziel nannte sie die „Aufhebung der Gleichberechtigung und die Stellung der Juden unter Fremdenrecht in Deutschland“, die „Ausweisung der nicht naturalisierten Juden“ und das „Verbot der Judeneinwanderung von Osten, [die] Beschränkung der Juden in der Zulassung zu obrigkeitlichen Stellen usw.“<sup>43</sup>.

Hermann Ahlwardt, ein aus Pommern stammender Handwerkersohn, der nach einer steilen Karriere bis zum Rektor einer Berliner Schule avanciert war, dabei stets in finanziellen Schwierigkeiten und aufgrund veruntreuter Schulgelder schließlich entlassen, veröffentlichte kurz nach seiner Suspendierung 1890 unter dem Titel „Der Verzweigungskampf der arischen Völker mit dem Judentum“<sup>44</sup> ein vor Beschimpfungen, Verschwörungstheorien und offensichtlichen Unwahrheiten strotzendes Werk<sup>45</sup>. Seine Behauptungen über die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Juden erwiesen sich als Seifenblasen, seine „Beweise“ waren meist frei erfunden. Gleichwohl war ihm politischer Erfolg beschieden. Trotz gerichtlicher Verurteilungen wurde er 1892 für den pommerschen Wahlbezirk Arnswalde-Friedberg in den Reichstag gewählt, wo er ein Gesetz zum Verbot der jüdischen Einwanderung forderte, die Juden als „Choleraabzillen“ und „Raubtiere“ bezeichnete, derer man sich nur durch „Ausrottung“ erwehren könne<sup>46</sup>.

„Das richtige Wanzenmittel: ein jüdischer Staat“ betitelte 1893 ein anderer Reichstagsabgeordneter und Judenfeind, der „Schriftsteller“ Hans Leuß, seine antisemitische Schmähchrift<sup>47</sup>. Er ging davon aus, daß „die kommenden großen Auseinandersetzungen im Verhältnis der europäischen Staaten zu einander, ferner im Innern der Staaten . . . auch die Auseinandersetzung mit den Juden bringen“ werden<sup>48</sup>. Binnen 25 Jahren sollte der letzte Jude Deutschland verlassen haben<sup>49</sup>. Leuß, der sich unter anderen auf

<sup>42</sup> Ebenda, S. 253.

<sup>43</sup> Grundsätze und Forderungen der Antisemitischen Deutsch-sozialen Partei, 1889, in: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 74–75; dort auch weitere Parteiprogramme antisemitischen Inhalts, wie das Revidierte Programm der Deutschen Konservativen Partei (Tivoli-Programm) von 1892 und das Eisenacher Programm der Christlich-sozialen Partei von 1895.

<sup>44</sup> Ahlwardt, Der Verzweigungskampf der arischen Völker mit dem Judentum.

<sup>45</sup> Vgl. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, S. 89–93. Massings Darstellung ist insbesondere in seiner Beschreibung der Entstehung der völkischen Bewegung und der Charakteristik des völkischen Antisemitismus wertvoll.

<sup>46</sup> Zitiert nach Dawidowicz, Krieg gegen die Juden, S. 50.

<sup>47</sup> Leuß, „Das richtige Wanzenmittel“: ein jüdischer Staat. Leuß (1861–1920) saß von Juni 1893 bis Dezember 1894 für die Deutsch-soziale Reformpartei im Reichstag.

<sup>48</sup> Leuß, S. 24.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 26.

Lagarde berief, drohte offen mit einer „Transplantation“ des jüdischen Volkes<sup>50</sup> und sah in Südafrika das „Land einer nahen Zukunft“ für den Judenstaat, denn: „Eine andere Lösung der Judenfrage, als diejenige der *Ausscheidung des Judentums* aus dem Verbände der arischen Völker *gibt es . . . nicht.*“<sup>51</sup>

Dies waren aber keineswegs die radikalsten Forderungen einer sich primär verbal steigernden Agitation. In einer Artikelserie in den „Akademischen Blättern“ sprach der leitende Redakteur Hans Wendland 1896 von einer „Schlachtordnung“, einer „Kampfesstellung“ der Deutschen gegen die Juden, die einem Krieg gleichkomme. Deshalb sei alles „Zweckmäßige . . . erlaubt und vor dem Notwendigen müssen alle Rücksichten schweigen“. Habe man dies einmal erkannt, dann werde „auch das Kommando Feuer! und ein fröhlich Hurra! ertönen, sobald sich Gelegenheit bietet, eine Breitseite auf den Feind abzugeben, nicht aber eine langwierige und ängstliche Debatte darüber, ob auch niemand drüben sei, den man unschuldigerweise verletzen könne“<sup>52</sup>. Wendland sprach streng sozialdarwinistisch vom „Kriegsrecht“ dieses Kampfes, der „das Lebensprinzip der organischen Welt“ sei. Um die von ihm als höchstes Gut anvisierte „nationale Sittlichkeit“ zu erreichen, plädierte er für radikale Maßnahmen bis hin zur Beseitigung des inneren Gegners. Wendland betonte, daß diese Art der „Moral“ nichts für die Masse sei, da diese „geistig Unmündigen“ zum Verständnis des Prinzips nicht in der Lage seien. In den „Händen geistig Erwachsener“ werde es dagegen „heil- sam und segensbringend“ wirken<sup>53</sup>. Dies verweist gedanklich schon auf die Ordens-, Missions- und Auserwähltheitsmystik, wie sie später der Nationalsozialismus mit der SS und den „Truppen des Weltanschauungskrieges“ hervorbringen sollte.

In ihren „Hamburger Beschlüssen“ stellte die Deutsch-soziale Reformpartei 1899 fest, daß „Dank der Entwicklung unserer modernen Verkehrsmittel (. . .) die Judenfrage im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Weltfrage werden und als solche von den anderen Völkern gemeinsam und endgültig durch völlige Absonderung und (wenn die Notwehr es gebietet) schließliche Vernichtung des Judentums gelöst werden“ dürfte<sup>54</sup>. Hier war außerdem zum ersten Mal unkaschiert und in aller Schärfe die, später von den Nationalsozialisten praktizierte, Alternative für den Fall aufgezeigt, daß die geplante Scheidung der Juden von den anderen Völkern mißlänge: Vernichtung.

Houston Stewart Chamberlains „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“, das ebenfalls 1899 erschien und in den folgenden Jahrzehnten in vielfacher Auflage verbreitet wurde, untermauerte diesen rassistischen Manichäismus auf ideologisch-theoretischer Ebene mit seinem Mythos von den sich in Reinheit, aber Ungleichheit gegenüberstehenden germanischen Ariern einerseits und den diese hochstehende und homogene Rasse bedrohenden semitischen Juden andererseits – ohne allerdings praktische Handlungsanweisungen nach Art der genannten Vorgaben Lagardes, Paaschs oder der antisemitischen Parteien mitzuliefern<sup>55</sup>.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 19, Hervorhebungen im Original.

<sup>52</sup> Wendland, Zur Ethik des Antisemitismus, S. 121 f., abgedruckt in: Kampe, Studenten und „Judenfrage“, S. 292–294.

<sup>53</sup> Wendland, ebenda, S. 147–149, abgedruckt in: Kampe, Studenten und „Judenfrage“, S. 294–297.

<sup>54</sup> Hamburger Beschlüsse der Deutschsozialen Reformpartei vom 10. und 11. September 1899, in: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 84.

<sup>55</sup> Chamberlain, Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, München 1899, bes. Kap. IV–VI.

Nach der Jahrhundertwende gelangte, neben dem weiterhin emsig agitierenden Fritsch, ein mit Nationalismus und Expansionismus vermengter, rassenideologisch orientierter Antisemitismus insbesondere im Alldeutschen Verband zu öffentlicher Resonanz<sup>56</sup>. Der Rechtsanwalt Heinrich Claß war von 1908 bis 1939 Vorsitzender der Vereinigung, sah in seiner am Vorabend des Ersten Weltkrieges mehrfach aufgelegten Schrift „Wenn ich der Kaiser wär“<sup>57</sup> die Rasse als den „*Quell der Gefahren*“ und die Juden als „*Todfeind*“. Eine nationale Gesundung sei nur möglich, wenn der jüdische Einfluß ausgeschaltet, zumindest aber zurückgeschraubt werde<sup>58</sup>. Nicht nur die Einwanderung von Juden wollte Claß verhindern, darüber hinaus sollten die im Lande Ansässigen unter Fremdenrecht gestellt, von Wahlrecht, öffentlichen Ämtern, Landbesitz und Militärdienst ausgeschlossen werden. Sie durften demnach weder Anwalt noch Lehrer werden, noch Banken oder Theater leiten, sollten dafür jedoch das Doppelte an Steuern zahlen<sup>59</sup>. Als Kriterium zur Bestimmung, wer Jude sei, sollte die Religionszugehörigkeit am Datum der Reichsgründung gelten, in der Folge auch für Kinder aus Mischehen<sup>60</sup>. Dieser, wie er selbst offen bekannte, willkürlich gewählte Stichtag illustrierte plakativ die schon von Dühring her bekannte Künstlichkeit und die faktische Beliebigkeit des Rassenbegriffs, wie er von den völkischen Antisemiten unter Leugnung des inhärenten logischen Widerspruchs verwendet werden mußte – ein Faktum, das noch in den „Nürnberger Gesetzen“ voll zum Tragen kam. Wenn die Juden aufgrund dieser Maßnahmen das Land verlassen würden, war dies für Claß eine harte, aber unvermeidliche Folge im Dienste einer inneren „Flurbereinigung“. Dementsprechend sollte auch ein nach außen gerichtetes Programm verfolgt werden, wonach „auch die äußere Politik dem Gesetze der Rasse untergeordnet werden“<sup>61</sup> müsse. Das Deutsche Reich solle „tätige äußere Politik treiben, sagen wir ruhig aggressive“<sup>62</sup>. Er hielt sowohl einen Krieg gegen England als auch gegen Frankreich und Rußland um die Stellung Deutschlands als beherrschender und weit ausgreifender Macht in der Mitte Europas für möglich, ja durchaus wahrscheinlich. Nach dem erwarteten Sieg werde man den, bzw. die Unterlegenen zur Abgabe von Territorien zwingen, was im Falle Rußlands bedeute, man müsse „die Gebietsabtretungen verlangen, die uns eine bessere Grenze und gleichzeitig Siedelungsland gewähren, wobei die Evakuierung [der dort lebenden Bevölkerung] sich nicht umgehen lassen wird“<sup>63</sup>. Die Gedanken Lagardes treten hier rassisch überhöht hervor, vermengt mit einem aggressiv aufgeladenen Überlegenheitsgefühl und dem Glauben an die Mission der „germanischen Völker“ im allgemeinen und dem Deutschtum als dem „edelsten Teile der Menschheit“<sup>64</sup> im besonderen.

Einen weiteren Fixpunkt und gleichzeitig eine Zäsur in dieser judengegnerischen Entwicklungslinie stellte die am 11. Oktober 1916 vom preußischen Kriegsministerium

---

<sup>56</sup> Dies gilt, obwohl der Alldeutsche Verband den Antisemitismus formell nicht übernahm, vgl. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. II, S. 302, 604–606.

<sup>57</sup> Frymann (i.e. Claß), *Kaiser*, S. 38, Hervorhebung im Original.

<sup>58</sup> Frymann, *Kaiser*, S. 74.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 76.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 75.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 177, im Original hervorgehoben.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 137, im Original hervorgehoben.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 170.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 187.

verordnete „statistische Erhebung der Dienstverhältnisse der deutschen Juden“ dar<sup>65</sup>. Die Ergebnisse lieferten bekanntlich keinerlei praktisch nutzbare Munition für den Antisemitismus, da die Juden entsprechend ihres Bevölkerungsanteils Kriegsdienst leisteten. Diese Erkenntnisse wurden allerdings nicht veröffentlicht, so daß sich als Resultat aus einem unwidersprochenen Vorurteil ein destruktiver Verdacht quer durch alle Bevölkerungsschichten entwickelte, der zu einer sich schnell ausdehnenden Welle des Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit beitrug<sup>66</sup>. Der Weltkrieg veränderte auch in dieser Hinsicht die deutsche Gesellschaft tiefgreifend.

Nicht nur die Forderungen nach Aufhebung der Emanzipation der seit Generationen in Deutschland lebenden und sich langsam aber stetig assimilierenden Juden und das Verlangen nach einem Einwanderungsverbot vor allem für die aus dem Osten Europas stammenden und zum größten Teil völlig verarmten Shtetl-Juden waren also Kernpunkte antisemitischer Publizistik. Vielfach verwiesen diese Forderungen, wenn auch „nur“ verbal und programmatisch, auch auf die Perspektive der Absonderung, Ausscheidung, Vertreibung, ja Vernichtung im Sinne der Beseitigung ihrer Existenz als Bevölkerungsgruppe in Deutschland und darüber hinaus. Hierbei dachten die Protagonisten einer solchen Lösung jedoch nicht in erster Linie an eine physische Ausrottung, sondern häufig an die mehr oder minder geschlossene Ansiedlung der Juden in einem eigenen Territorium, eine auf die Geographie gestützte Isolierung nicht mehr mittels des alten, nun als ungenügend angesehenen Ghettogedankens, sondern durch Rasenquarantäne in einem insularen Status der allzeit kontrollierbaren Unberührbarkeit.

Mit den hier referierten und in ihrer gemeinsamen Stoßrichtung auf die „Absonderung“ und „Ausscheidung“ der Juden hin analysierten Äußerungen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges soll nicht der Eindruck erweckt werden, als hätte der rassistische Antisemitismus das allein entscheidende und alles prägende Element der Haltung gegenüber den Juden im Deutschland jener Zeit dargestellt. Das Deutsche Reich war bis zum Ersten Weltkrieg keineswegs das Kernland des Antisemitismus<sup>67</sup>, wenngleich schon in der Bismarckzeit mehr als 500 antisemitische Schriften erschienen waren<sup>68</sup>. Eine Dreyfußaffäre, wie sie Frankreichs Dritte Republik mitsamt ihren tiefgreifenden Verwerfungen und gesellschaftlichen Brüchen hatte erleben müssen, hatte es im zweiten Kaiserreich nicht gegeben, von Pogromen, die im Rußland der Zarenzeit mit einer gewissen Regelmäßigkeit angezettelt wurden, ganz zu schweigen. Konkrete Forderungen, wie sie Claß entwarf, wurden auch auf seiten der Rechten abgelehnt<sup>69</sup>. Vielfach war der Antisemitismus „nur“ antiemanzipatorisch und gegen die Assimilation der Juden gerichtet; ihm blieb also das radikal rassenantisemitische Element fremd. Doch neben und in Verbindung mit diesem aus der traditionellen Judenfeindschaft und den Gegenbewegungen zur Judenemanzipation erwachsenen „Normalantisemitismus“ fand auch jener dogmatische Antisemitismus, dessen Traditionslinie oben skizziert wurde,

<sup>65</sup> Vgl. Hillgruber, Ort der Judenvernichtung, S. 215.

<sup>66</sup> Vgl. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 102–103; Hillgruber, Ort der Judenvernichtung, S. 215; Berding, Moderner Antisemitismus, S. 168 ff.; Jochmann, Ausbreitung des Antisemitismus, S. 422 ff.

<sup>67</sup> Vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II, S. 289.

<sup>68</sup> Ebenda, S. 295.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 302.

seinen Nährboden, schlug seine ideologiefixierten Wurzeln und konnte sich in den Krisenphasen der Nachkriegszeit durch Fokussierung aller Blicke auf die Judenfrage bei der Suche nach den Ursachen der Gegenwartsprobleme entfalten. Der Gedanke an eine Exterritorialisierung der Juden, ihre Absonderung oder Ausscheidung blieb virulent, die Konkretion auf Madagaskar gewann erst durch die – ohne direkten Bezug auf Lagarde erfolgte – Wiederaufnahme nach dem Ersten Weltkrieg erneut an Relevanz.

Während sich der Antisemitismus vor und im Ersten Weltkrieg auf einen periodisch auftretenden, in auf- und abschwellenden Phasen sich entladenden Verbalradikalismus beschränkte, der sich allenfalls in Osteuropa in Pogromen entlud, jedoch nie zum Wesen eines organisierten Staates wurde, sollte Hitlers „Drittes Reich“ später gerade auf dieser Doktrin des bedingungslosen Rassenkampfes zwischen Juden und Nichtjuden basieren. Diese Doktrin bis zu einer „Endlösung“ in die Praxis umzusetzen, war originäre Perspektive des Hitlerschen Welt- und Menschenbildes seit der Entwicklung dieser Gedanken in seiner Wiener Zeit und der stetig angereicherten Übertragung dieser dumpfen Vorstellungen in die politische Agitation nach 1919<sup>70</sup>.

Als Hitler am 16. September 1919 in seinem als erste „politische“ Äußerung bekannten Brief an Adolf Gemlich<sup>71</sup> schrieb, daß der „Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen“ seinen letzten Ausdruck „in der Form von Pogromen“<sup>72</sup> finden werde, der „Antisemitismus der Vernunft“ jedoch führen müsse „zur planmäßigen gesetzli-

<sup>70</sup> Widersprochen werden muß der These von Kampe, daß „man den völkisch-nationalsozialistischen Kreisen zuviel Rationalität unterstellte, suchte man vor allem nach Konzepten für durchführbare ‚Lösungen der Judenfrage‘“, und wonach sich deren antisemitische Energie zu einem großen Teil „aus purer Gehässigkeit, aus der lustvoll erlebten Vorstellung vom Erniedrigen, Quälen und Berauben der stigmatisierten Minderheit“ speiste. Das Plädoyer gegen das Beimessen von „zuviel Rationalität“ wäre nur insofern relevant, wenn die völkisch-nationalsozialistischen Antisemiten vor 1933 die politische Macht und damit die Notwendigkeit zur Durchführung eines irgendwie gearteten Konzeptes hätten unter Beweis stellen können. Da sie keine Macht besaßen, ihre Pläne umzusetzen, bleibt die Frage nach der möglicherweise inhärenten Rationalität ihrer Lösungskonzepte (immer vor dem Hintergrund des prinzipiell irrationalen Phänomens Antisemitismus) unbeantwortbar. Als der „völkische Nationalsozialist“ Hitler die Macht in Händen hielt, zeigte sich, daß er durchaus über Konzepte zu einer „Lösung der Judenfrage“ in seinem Sinne verfügte. Allenfalls kann man den Theoretikern dieses Antisemitismus ihre Ferne von der politischen Praxis vorwerfen und dies als Mangel an Rationalität bezeichnen. Vor allem muß aber der zweiten Behauptung Kampes entschieden widersprochen werden. Der völkisch-nationalsozialistische Antisemitismus wurde von seinen Protagonisten nicht aus Sadismus oder Freude am Verfolgen und Quälen einer Minorität, sondern aus tiefster innerer, wenngleich pathologisch-irregeleiteter Überzeugung vertreten. Aus der vorgeblich naturwissenschaftlich fundierten Rassenanalyse und der vor allem aus den „Protokollen der Weisen von Zion“ gespeisten Weltverschwörungsperzeption zogen sie ihre immense ideologische und politische Energie. Hitler war nicht Antisemit aus Sadismus oder aus politischer Opportunität, um ein – damit auch austauschbares – Feindbild für die Sammlung der eigenen Klientel zu kreieren, sondern aus dogmatischem Glauben an seine Mission gegen den „Weltvergifter aller Völker“, als welchen er das Judentum verstand. Die These in: Kampe, „Endlösung“ durch Auswanderung?, in: Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg, S. 827–843, hier S. 831.

<sup>71</sup> Jäckel/Kuhn, Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, S. 89–90.

<sup>72</sup> Im Original: „Pogromen“.

chen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden“ besitze, war ihm schon zum damaligen Zeitpunkt die avisierte „Fremdengesetzgebung“ nicht genug. Der „Antisemitismus der Vernunft“ konnte für Hitler nur auf eines hinauslaufen: „Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.“<sup>73</sup> Eine Äußerung wie diese paßte also durchaus in den geistigen Horizont der Zeit, und das Milieu, in dem Hitlers bereits in seiner Wiener Zeit angelegten antisemitischen Wurzeln sich nach politischer Entfaltung und Umsetzung drängten, brachte auch andere Blüten des Ungeistes hervor.

Im letzten Kriegsjahr veröffentlichte Arthur Dinter das bis 1920 100 000 Mal verkaufte Werk „Die Sünde wider das Blut“<sup>74</sup>. Dinter bediente mit seinem rassistischen Roman in primitivster Manier alle gängigen Vorstellungen der Antisemiten. Das Buch beschreibt, wie der aus einem bäuerlichen Geschlecht abstammende Held durch „Rassenmischung“ ins Unglück gestürzt wird, schließlich aber die planmäßige jüdische Rassenvergiftung erkennt und, als er wegen der Ermordung eines Juden, der das Blut seiner Frau verseucht hat, vor Gericht gestellt wird, die gegen die auserwählte germanische Rasse gerichtete Verschwörung ans Tageslicht bringt. Die Handlung ist argumentativ durchzogen von der Bedrohung durch den Wucher- und Börsenjuden, der wie ein Vampir am Blut des deutschen Volkes saugt und dieses, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, zugrunde richten wird<sup>75</sup>. Dinter verarbeitete hier bei vielen seiner Zeitgenossen zumindest unterschwellig vorhandene Bedrohungsvorstellungen, die auch Hitler perzipierte und auf denen er später einen Gutteil seiner Propaganda aufbauen konnte<sup>76</sup>. Dinter, in den Folgejahren für einige Zeit ein Weggefährte Hitlers, gründete 1919 den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der neben dem Antisemitismus auch einem überdrehten Germanenkult huldigte und dem auch Theodor Fritsch angehörte. Dieser forderte, von den Spannungsjahren des Weltkriegs und der als jüdischer Verschwörung mißdeuteten Niederlage in seiner pathologischen Orientierung zusätzlich motiviert, weiterhin „die jüdische Nation aus den arischen Staaten auszuscheiden und ihr irgendwo eigne Heimat und eignen Staat zu geben“. Ein Kompromiß in dieser Frage war für Fritsch „ausgeschlossen. Wer die Möglichkeit für annehmbar hält, einzelne Juden unter uns zu dulden, der hat das Wesen der Judenfrage noch nicht begriffen. Es ist eine Frage auf Leben und Tod.“<sup>77</sup> Fritsch hatte einen starken

<sup>73</sup> Dementsprechend grundsätzlich hieß es zwei Jahre später in Punkt vier des NSDAP-Partei-programms vom 25. Februar 1920: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“; Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, S. 8.

<sup>74</sup> Dinter, Die Sünde wider das Blut. Dinters Werk wurde im Dezember 1917 zum ersten Mal veröffentlicht und soll bis 1922 rund 1,5 Millionen Leser gehabt haben; vgl. Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus, S. 109.

<sup>75</sup> Vgl. Breitling, Rassenlehre, S. 48–52; Losemann, Rassenideologien und antisemitische Publizistik, S. 152.

<sup>76</sup> Zur Beeinflussung Hitlers durch Dinters Schrift vgl. Breitling, Rassenlehre, S. 48 f.

<sup>77</sup> Fritsch, Handbuch der Judenfrage, S. 10, 480, Hervorhebung im Original. In einem 1926 geschriebenen und 1935 postum in der „Weltfront“ veröffentlichten Beitrag fordert er ebenfalls die „Ausscheidung“ der Juden als Mittel zur Lösung der Judenfrage. Die Welt sei „groß genug, und die Juden besitzen Reichtümer genug, um einen ganzen Erdteil zu erwerben und dort ei-

und direkten Einfluß auf Hitlers Denken und Weltbild. Entgegen dem sonst immer von Hitler gepflegten Bild des Autodidakten, der seine Erkenntnisse über die Welt im allgemeinen und über die Juden im besonderen seiner genialischen Einsicht und niemand sonst verdanke, nannte er Fritsch als eine Autorität, die grundlegenden Einfluß auf ihn ausgeübt habe<sup>78</sup>.

Hitler selbst beschrieb im August 1920 zum ersten Mal in einer „grundlegenden“ Rede seine antisemitische Fixierung und griff dabei auf eine Vielzahl jener Topoi zurück, die sich in der bislang geschilderten Tradition des Rassenantisemitismus wiederfinden<sup>79</sup>. Allein die Arier hätten die Kraft zur Staatenbildung besessen<sup>80</sup>, die Juden könnten nicht staatenbildend sein, da sie ein ewig nomadisierendes Volk wären<sup>81</sup> und ihnen rassistisch bedingt der Wille zur schöpferischen Arbeit fehle. Die Idee des Zionismus war für ihn nichts als eine „Komödie“, vielmehr gehe es den Juden nur darum, „eine geistige ideelle Zentrale zu besitzen“<sup>82</sup>, von der aus die übrige Welt dirigiert werden könne und die als Zufluchtsort dienen solle. Dies war ein Vorbehalt, wie er eingehend schon von Dühring formuliert wurde und später immer wieder in der nationalsozialistischen Gegnerschaft zu einem Judenstaat in Palästina hervorbrach. Die Juden hatten nach Ansicht Hitlers genügend Gelegenheit gehabt, neu erschlossene Gebiete der Erde zu kultivieren und sich dort eine Heimat zu gründen, dies aber mangels Arbeitssinns nicht getan. Vielmehr seien sie ausschließlich dazu in der Lage, in jedem Staatswesen als Parasit zu existieren<sup>83</sup>. Genau wie die Rassebestimmtheit Juden zu diesem parasitären und staatszerstörerischen Leben zwingt, so müßten auch die Arier sich um ihrer selbst willen der eigenen Rassenbestimmung gemäß verhalten, die laute: „Entfernung der Juden aus unserem Volke“, wengleich er damit zu diesem Zeitpunkt noch Auswanderung bzw. Austreibung meinte<sup>84</sup>.

Diese Forderung verweist auf jenen Gedanken, in dem sich Rassenantisemitismus und ein ins Globale ausgreifender manichäistischer Erlösungsseifer zu einer Idee vermischten, die unter dem Stichwort „Voll-Zionismus“ jene Insel als Schlüssel zur Welt-erlösung vorschlug, die schon Lagarde vorschwebte: Madagaskar.

---

nen Staat nach eigenem Gutdünken einzurichten“; Fritsch, *Wie ist die Judenfrage zu lösen?*, S. 138.

<sup>78</sup> So berichtet der den Nationalsozialisten nahestehende Historiker Ernst Graf Reventlow in seinem 1937 erschienenen Werk über „Judas Kampf und Niederlage in Deutschland“, aus „Mein Kampf“ zitierend, und behauptet, Hitler habe schon in den Jahren vor 1914 über dem Handbuch der Judenfrage gelesen und seine ersten „Erkenntnisse“ geschöpft; Reventlow, *Judas Kampf und Niederlage in Deutschland*, S. 360–361, 363.

<sup>79</sup> Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede, S. 390–420.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 402.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 405.

<sup>82</sup> Ebenda.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 406–408.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 415–417.

